

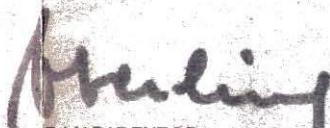
BEBAUUNGSPLAN

"ERWEITERUNG DES BEBAU-
UNGSGEBIETES GOTTSHECK"
IM STADTTEIL FITTEN

MASSTAB
1: 1000

	DATUM	NAME
GEZEICHNET	IM MÄRZ 1983	SCHWINDLING

STADTBAUAMT MERZIG



BAUDIREKTOR

Die Aufstellung des Bebauungsplanes im Sinne des § 30 Bundesbaugesetz (BBauG) vom 18. Aug. 1976 (BGBl. I S. 2257) gemäß § 2 Abs. 1 dieses Gesetzes wurde in der Sitzung des Stadtrates der Kreisstadt Merzig vom 17. März 1983 beschlossen. Die Ausarbeitung erfolgte durch das Stadtbauamt der Kreisstadt Merzig.

Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 1 und 7 des BBauG

0	Räumlicher Geltungsbereich	SIEHE PLAN
1	Art der baulichen Nutzung	REINES WOHNGEBIET "WR" BauNVO § 3
	1.1 Baugebiet	SIEHE BauNVO § 3 Abs. 2
	2.1.1 zulässige Anlagen	SIEHE BauNVO § 3 Abs. 3
	2.1.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	
	1.2 Baugebiet	
	2.2.1 zulässige Anlagen	
	2.2.2 ausnahmsweise zulässige Anlagen	
1	Maß der baulichen Nutzung	SIEHE PLAN
	1.3 Zahl der Vollgeschosse	SIEHE PLAN
	1.4 Grundflächenzahl	SIEHE PLAN
	1.5 Geschossflächenzahl	ENTFÄLLT
	1.6 Baumassenzahl	ENTFÄLLT
	1.7 Grundflächen der baulichen Anlagen	
2	Bauweise	OFFEN EINZELHÄUSER LT. PLAN
	2.2 Überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen	SIEHE PLAN
	2.3 Stellung der baulichen Anlagen	SIEHE PLAN
3	Mindestgröße, Mindestbreite, Mindesttiefe der Baugrundstücke	ENTFÄLLT
4	Flächen für Nebenanlagen, die aufgrund anderer Vorschriften für die Nutzung von Grundstücken erforderlich sind, wie Spiel-, Freizeit- und Erholungsflächen sowie die Flächen für Stellplätze und Garagen mit ihren Einfahrten	INNERHALB DER ÜBERBAUBAREN GRUNDSTÜCKSFÄCHE, BEI GARAGEN MIND. 5,0m HINTER DER ÄUSSEREN STRASSENGRENZLINIE
5	Flächen für den Gemeinbedarf	ENTFÄLLT
6	überwiegend für die Bebauung mit Familienheimen vorgesehene Flächen	IM GESAMTEN GELTUNGSBEREICH
7	Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude, die mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaues gefördert werden könnten, errichtet werden dürfen.	ENTFÄLLT
8	Flächen, auf denen ganz oder teilweise nur Wohngebäude errichtet werden dürfen, die für Personengruppen mit besonderem Wohnbedarf bestimmt sind.	ENTFÄLLT
9	besonderer Nutzungszweck von Flächen, der durch besondere städtebauliche Gründe erforderlich wird	ENTFÄLLT
10	Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind, und ihre Nutzung.	SIEHE PLAN
11	Verkehrsflächen sowie Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung, wie Fußgängerbereiche, Flächen für das Parken von Fahrzeugen sowie den Anschluß anderer Flächen an die Verkehrsflächen	SIEHE PLAN
12	Versorgungsflächen	SIEHE PLAN (WBH)
13	die Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen.	ENTFÄLLT
14	Flächen für die Verwertung oder Beseitigung von Abwasser und festen Abfallstoffen sowie für Ablagerungen.	ENTFÄLLT
15	öffentliche und private Grünflächen, wie Parkanlagen, Dauerkleingärten, Sport-, Spiel-, Zelt- und Badeplätze, Friedhöfe	ENTFÄLLT
16	Wasserflächen sowie Flächen für die Wasserwirtschaft, für Hochwasserschutzanlagen und für die Regelung des Wasserabflusses, soweit diese Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können.	ENTFÄLLT
17	Flächen für Aufschüttungen, für Abgrabungen oder für die Gewinnung von Steinen, Erden und anderen Bodenschätzen	ENTFÄLLT
18	Flächen für die Landwirtschaft und die Forstwirtschaft	ENTFÄLLT
19	Flächen für die Errichtung von Anlagen für die Kleintierhaltung wie Ausstellungs- und Zuchtanlagen, Zwinger, Koppeln und dergleichen.	ENTFÄLLT
20	Maßnahmen zum Schutz zur Pflege und zur Entwicklung der Landschaft, soweit solche Festsetzungen nicht nach anderen Vorschriften getroffen werden können.	ENTFÄLLT
21	mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zugunsten der Allgemeinheit eines Erschließungsträgers oder eines beschränkten Personenkreises zu belastende Flächen	ENTFÄLLT
22	Flächen für Gemeinschaftsanlagen für bestimmte räumliche Bereiche wie Kinderspielflächen, Freizeiteinrichtungen, Stellplätze und Garagen	ENTFÄLLT

23	Gebiete in denen bestimmte die Luft erheblich verunreinigende Stoffe nicht verwendet werden dürfen.	ENTFÄLLT
24	von der Bebauung freizuhalten Schutzflächen und ihre Nutzung, Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne des Bundes-Immissionschutzgesetzes sowie die zum Schutz vor solchen Einwirkungen oder zur Vermeidung oder Minderung solcher Einwirkungen zu treffenden Vorkehrungen.	ENTFÄLLT
25	einzelne Flächen oder für ein Bebauungsplangebiet oder Teile davon mit Ausnahme der für land- und forstwirtschaftliche Nutzungen festgesetzte Flächen.	ENTFÄLLT
	a) das Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern	
	b) Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und Gewässern	
26	Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, soweit sie für die Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind.	ENTFÄLLT
27	Höhenlage der baulichen Anlagen	SIEHE STRASSENBAUPROJEKT UND KANALPLAN
	Aufnahme von Festsetzungen über die äußere Gestaltung der baulichen Anlagen auf Grund des § 9 Abs. 4 BBauG	ENTFÄLLT
	Aufnahme von Festsetzungen über den Schutz und die Erhaltung von Bau- und Naturdenkmälern auf Grund des § 9 Abs. 4 BBauG	ENTFÄLLT
	Kennzeichnung von Flächen gemäß § 9 Abs. 5 BBauG	ENTFÄLLT
1	Flächen, bei denen Bebauung besondere bauliche Vorkehrungen gegen äußere Einwirkungen erforderlich sind.	ENTFÄLLT
2	Flächen, bei denen besondere bauliche Sicherungsmaßnahmen gegen Naturgefahren erforderlich sind.	ENTFÄLLT
3	Flächen unter denen der Bergbau umgeht.	ENTFÄLLT
4	Flächen, die für den Abbau von Mineralien bestimmt sind.	ENTFÄLLT
	Nachrichtliche Übernahme von Festsetzungen gemäß § 9 Abs. 5 BBauG	ENTFÄLLT

VERMERK: ES GILT DIE BAUNUTZUNGSVERORDNUNG 1977 (BGBl. I S. 1757)

PLANZEICHEN - ERLÄUTERUNG

	Räumlicher Geltungsbereich		Straßenverkehrsflächen öffentlich
	Reines Wohngebiet		Fahrbahn
	Allgemeines Wohngebiet		Gehweg
	Dorfgebiet		Radweg
	Mischgebiet		Fußweg
	Kerngebiet		Straßenbegleitgrün Mittelstreifen
	Gewerbegebiet		Private Straßen- und Wegeflächen
	Industriegebiet		Flächen für Bahnanlagen
	Sondergebiet		öffentliche Parkflächen
	Geschossflächenzahl		Straßenbegrenzungslinie, Begrenzung sonstiger Verkehrsflächen
	Baumassenzahl		Flächen für Versorgungsanlagen
	Grundflächenzahl		Wasserbehälter
	Zahl der Vollgeschosse		Freileitung mit Masten
	Höchstgrenze		Freileitung mit Schutzstreifen
	Zwingend		Elektrizitätsleitung
	offene Bauweise		Wasserleitung
	nur Einzelhäuser zulässig		Abwasserleitung
	nur Doppelhäuser zulässig		Fernmeldeleitung
	nur Hausgruppen zulässig		Gasleitung
	nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig		Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen
	geschlossene Bauweise		Grünfläche öffentlich
	Baulinie		Sportplatz
	Baugrenze		Spielplatz
	Flächen für den Gemeinbedarf		Best Waldflächen
	Bestehende Grundstücksgrenze		Wasserflächen
	Firstrichtung		Flächen für die Landwirtschaft
	Geplante Gebäude		Flächen für die Forstwirtschaft
	Bestehende Gebäude		Naturschutzgebiet
			Landschaftsschutzgebiet
			Umformerstation

BEBAUUNGSPLAN

- SATZUNG -

STADT MERZIG

STADTTEIL FITTEN

„ERWEITERUNG DES BEBAUUNGSGEBIETES GOTTSHECK“

Der Bebauungsplan hat gemäß § 2a Abs. 6 BBauG ausgelegen vom 8. August 1983 bis zum 9. September 1983

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 10 BBauG als Satzung vom Stadtrat am 22.9.1983 beschlossen.



MERZIG, den 28.9.1983

Der Bürgermeister

(Anton)

Der Bebauungsplan wird gemäß § 11 BBauG genehmigt

SAARBRÜCKEN, den 21.11.1983

Der Minister für Umwelt, Raumordnung und Bauwesen

Az: D/6 - 6739/83 60/11a

SAARLAND

Im Auftrag

Der Minister
für Umwelt, Raumordnung
und Bauwesen

(Würker)

Diplom-Ingenieur

Die öffentliche Auslegung gemäß § 12 BBauG wurde am 1.12.1983 ortsüblich bekanntgemacht.

MERZIG, den 5.12.1983

Der Bürgermeister

(Anton)